

Handzahn



Frank Nordhausen
über Merks Türki-Reise

Angela Merkels zehnter Türki-Besuch geriet über die Maßen harmonisch. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan gab sich umgänglich trotz tiefgreifender Streitpunkte. Die Bundeskanzlerin lächelte souverän alles hinweg, was das deutsch-türkische Verhältnis trüben mochte. Die Türki will mehr Geld für den Flüchtlingspakt? Kann man möglich machen. Dutzende Deutsche sitzen im türkischen Knast? Jeder einzelne Fall wird geprüft. Die Sorgen der türkischen Zivilgesellschaft um Demokratie und Bürgerrechte? Am Katzentisch besprochen.

Die Kanzlerin fürchtet neue Flüchtlingsströme und freut sich, wenn Erdogan handzahn bleibt. Der surft außenpolitisch auf einer Erfolgswoge, die ihm innenpolitisch nutzt, weil er sich zu Hause als großer Staatsmann präsentieren und damit die Wirtschaftsprobleme vernebeln kann. Zudem setzt er auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ab Juli, um Visaerleichterungen und den Ausbau der Zollunion mit der EU zu erreichen. Der türkische Staatschef und die deutsche Kanzlerin wollten sich beim Treffen in Istanbul erkennbar nicht weh tun. Menschenrechtler stören da nur.

Bericht Seite 5
frank.nordhausen@weser-kurier.de



Ralf Böhme

Das tut man nicht



Florian Schwiegershausen
über Sigmar Gabriel

Früher hieß es bei eher linken Studenten scherzhaft, dass es Jobs gebe, die man aus moralischen Gründen nicht mache: GEZ- oder Fahrkarten-Kontrollleur genauso wie Immobilienmakler. Am Freitagmorgen dachten daher noch einige, es sei ein Scherz, als sie hörten, dass Ex-SPD-Chef Sigmar Gabriel nun Aufsichtsratsmitglied bei der Deutschen Bank wird. Aber das war ernst.

Es fehlt die Instanz, die sagt: So etwas gehört sich als SPD-ler nicht, schon gar nicht als Ex-Außenminister. Die ehemalige Reinigungskraft Susi Neumann hätte bestimmt wieder klare Worte zu Gabriel gefunden – wie schon 2016 bei der Wertekonferenz der SPD. Leider ist sie vor einem Jahr gestorben. Von Jahresgehältern zwischen 58 000 und 858 000 Euro hätte Neumann – wie viele andere – nur träumen können. Das ist die Spanne der Vergütungen bei Aufsichtsratsmitgliedern der Deutschen Bank. Juristisch ist Gabriels Handeln einwandfrei, aber moralisch ist es höchst bedenklich. Die Frist zwischen dem Ende als Minister und dem Wechsel in die Wirtschaft muss auf drei Jahre ausgeweitet werden. Als Ausgleich sollte es auch für diesen Zeitraum Übergangsbezüge geben. Thema Seite 3

florian.schwiegershausen@weser-kurier.de

Viel Programm,
wenig Praxis

Jürgen Hinrichs
über grüne Verkehrspolitik

Sie haben in dieser Woche die Köpfe zusammengesteckt, mal ausloten, was die Schwerpunkte sein könnten, wo Probleme lauern und Chancen. Die Chefs der Bremer Verkehrsbehörde wählen als Ort solcher Klausuren regelmäßig das beschauliche Rotenburg. Dort finden sie die nötige Ruhe und Distanz, vielleicht auch ein bisschen Einsicht, hoffentlich, denn die tut dringend not.

Mehr als zwölf Jahre liegt die Verantwortung für das Verkehrsressort nun schon in den Händen der Grünen, einer Partei, die sich eine fahrad- und fußgängerfreundliche Stadt auf die Fahnen geschrieben hat. Die Grünen wollen weniger Lärm, weniger Abgase und mehr Lebensqualität im öffentlichen Raum. Autos reduzieren, den Verkehr umweltgerecht gestalten – das ist die Losung, so steht es in unzähligen Papieren und Entwicklungsplänen.

Die Grünen versprechen, kündigen an, sind entschlossen und glauben allemal, auf der richtigen Seite zu stehen. Sie proklamieren die Verkehrswende, den radikalen Schwenk. Die Rhetorik ist einsa, zugegeben. Doch in der Praxis, auf der Straße, wenn man so will: lauter B-Noten.

Allein der Radverkehr. Ja, Bremen ist eine Stadt der Radler, vor allem in der Innenstadt und den citynahen Stadtteilen. Der Anteil am Gesamtverkehr ist hoch. Zur Wahrheit gehört aber auch,

dass er seit Jahren stagniert. „Das Potenzial der Mutigen ist ausgeschöpft“, hatte es der ADFC mal auf den Punkt gebracht. Hinzu kommen müssten nun diejenigen, die auf eine sichere Infrastruktur angewiesen sind.

Wer in der Stadt jeden Tag auf dem Sattel sitzt, weiß genau, was der ADFC meint. Am besten Rundumsicht, die Augen überall, sonst können schnell gefährliche Situationen entstehen. Geradezu absurd und fahrlässig, wie der Radverkehr zum Beispiel auf der Domsheide organisiert ist. Das soll nun zwar anders werden, hat aber 20 Jahre gedauert. Oder im Osterort. Wer dort nicht sicher am Lenker und

Die Bilanz
bei den Premiumrouten
ist erbärmlich.

selbstbewusst ist, liegt mit seinem Rad schnell auf der Nase.

Kleiner Exkurs: Natürlich gibt es sie und gar nicht selten – Radfahrer, die auf jede Regel pfeifen, rücksichtslos sind und sich aus ihrer Dreistigkeit auch noch einen Spaß machen. Sogenannte Kampfradler, die man stärker am Schlafittchen packen muss. Sie ins Zentrum zu stellen, lenkt aber nur ab und soll das wohl auch, denn der Knackpunkt ist woanders.

Seit zehn Jahren wird darüber diskutiert, den Radfahrern auf sogenannten Premiumrouten mehr Sicherheit und Komfort zu bieten. Vor fünf Jahren wurde ein Plan daraus. Neun Routen sollte es

geben. Und heute? Wie viele sind's geworden? Gerade mal eine, wenn überhaupt, denn optimal ausgebaut ist auch die Strecke zwischen Universität und Innenstadt nicht. An der zweiten Route doktern die Planer bisher nur herum. Ergebnisse gibt es keine. Kurzum: Die Bilanz bei den Premiumrouten ist erbärmlich.

Der neueste Hit im Grünen-Repertoire sind die „Protected Bike Lanes“, separate Fahrradspuren auf der Fahrbahn. Statt ein Projekt überhaupt mal richtig anzufangen, folgt schon das nächste. Eine in sich geschlossene Politik sieht anders aus und das nicht nur beim Radverkehr.

Schön, wenn Straßenbahnlinien ins Umland hinein ausgebaut werden, aber was ist mit den Bussen? „Wir dieseln hinterher“, sagt Verkehrssenatorin Maika Schaefer. Getan hat sie bisher nichts dagegen, auch nicht in ihrer Zeit als Grünen-Fraktionsvorsitzende. Elektrobusse fahren woanders, nur nicht in Bremen. Schön, wenn es am Bahnhof bald ein neues Fernbusterminal gibt, aber warum muss das zehn Jahre dauern? Schön, wenn in der Innenstadt weniger Autos fahren sollen, aber weshalb ist die Regierung nicht längst daran gegangen, breite Straßen zurückzubauen, die Martinistraße zum Beispiel? Überlegt wird das seit Jahren, trotzdem hat es dort, obwohl angekündigt, noch nicht einmal für weitere Verkehrsinseln gereicht.

Die Grünen sind gut darin, Ideen zu produzieren. Sie bedienen damit ihre Klientel und werden bei Wahlen belohnt. Doch wenn auf das Programm zu wenig Praxis folgt, macht sich irgendwann Enttäuschung breit.

juergen.hinrichs@weser-kurier.de

Aachener Zeitung

über ein Tempolimit und den ADAC: „Will der ADAC nicht noch mehr Macht verlieren, muss er die divergierenden Positionen ernst nehmen. Und bringt eine umfassende und sinnvolle Studie zur Versachlichung der oftmals viel zu emotional geführten Debatte ins Spiel. Natürlich: Kein Nein zu einem Tempolimit ist noch lange kein Ja. Aber es ist ein (wichtiger) Schritt. Die Klub-Verantwortlichen wahren ihr Gesicht, können in Ruhe abwarten und mit dem Ergebnis arbeiten – darauf hätte eigentlich auch ein in die Defensive geratener Verkehrsminister kommen können.“

Südwest-Presse (Ulm)

über dasselbe Thema: „Das Limit ist eine simple Lösung, mit der die Zahl der Unfalltoten sinken und die Umwelt geschont werden würde. Überhöhte Geschwindigkeit ist die mit Abstand häufigste Unfallursache auf Autobahnen. Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft hat berechnet, dass mit einem Limit von 130 km/h pro Jahr 80 Menschen gerettet werden können – das sind zwei bis drei Prozent aller im Verkehr Getöteten. Zudem gibt der ADAC an, dass bis zu zwei Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden können.“

Heilbronner Stimme

über dasselbe Thema: „Es ist richtig, dass deutsche Autobahnen ziemlich sicher sind. Dennoch starben 2018 424 Menschen bei Unfällen auf der Autobahn – das sind 424 zu viel. Die mit Abstand häufigste Ursache ist überhöhte Geschwindigkeit. Etlliche Studien belegen, dass mit einem Tempolimit die Unfallzahlen sinken. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung leistet also einen Beitrag zum Klimaschutz und erhöht die Sicherheit im Straßenverkehr – und zwar zum Nulltarif. Die Zeit dafür ist reif.“

Kölner Stadt-Anzeiger

über Gesichtserkennung: „Die Gesichtserkennung ist tendenziell totalitär. Sie erlaubt es, Bilder von Millionen Bürgern zu speichern und daraus Bewegungsprofile zu generieren. Auch besteht die Möglichkeit der Verknüpfung mit anderen Daten. Wenn schon die Vorratsdatenspeicherung beim Bundesverfassungsgericht und beim Europäischen Gerichtshof auf Widerstand stieß, dürfte dies für die automatisierte Gesichtserkennung erst recht gelten. Seehofer hat nun begedreht. Richtig so.“

Süddeutsche Zeitung (München)

über die Gerichtsreform in Polen: „Die EU sieht sich gern als behütende Insel in aufgewühlter Welt. Oft stimmt das. Der Frieden hält seit bald einem Menschenleben, der Binnenmarkt bringt Wohlstand, Europarecht und nationales Recht kommen in der Regel miteinander aus. Doch auch hier ist Polen kein Einzelfall. Da wäre Ungarn, dessen autoritärer Premier Viktor Orbán versucht, Kultur, Wissenschaft und Medien unter Kontrolle zu bringen und den Rechtsstaat zu demontieren. Oder Spanien, wo Richter Europarecht beugen beim Vorgehen gegen katalanische Separatisten, die zugleich gewählte Europaabgeordnete sind.“



Kampf um Verkehrsraum: Eine Radfahrerin muss ein auf dem Radweg stehendes Auto umfahren.

FOTO: ALEXANDER HEINL/DPA

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinstraße 43, 28195 Bremen
Chefredakteurin: Silke Hellwig
Mitglied der Chefredaktion/Leiter Digitales: Philipp Jaklin
Art-Direktor: Franz Berding

Chefreporter: Jürgen Hinrichs - Leiter Zentralredaktion und Politik
Markus Peters - Bremen/Niedersachsen: Maren Beneke und Joerg Helge Wagner - Kultur: Iris Hetscher - Wirtschaft: Philipp Jaklin (komm.) - Sport: Mathias Sonnenberg - OSTERHOLZER KREISBLATT: Antje Borsstelmann - DIE NORDDEUTSCHE: Michael Brandt - WÜMME-ZEITUNG: André Fesler - ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land: Kai Purschke* - SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU: Eike Wienberg (komm.)* - DELMENHORSTER KURIER: Andreas D. Becker* - Büro Berlin: Georg Ismar - Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Brüssel: Detlef Drewes - Büro London: Katrin Pribyl - Büro Paris: Birgit Holzer - Büro Washington: Thomas Spang
*Pressedienst Nord GmbH

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 38,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 73.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 10 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungs-häuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00

Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Redaktion:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21/36 71 66 55
Telefax: 04 21/36 71 11 00 (Anzeigen)
Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de